



Antrag

der Abgeordneten **Arif Tasdelen, Diana Stachowitz, Annette Karl, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Ruth Müller, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Florian von Brunn, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Ruth Waldmann SPD**

Ausbildungs- und Praktikumsstellen sichern – Bayerisches Sofortprogramm für junge Menschen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein Sofortprogramm „Perspektiven für die Jugend sichern“ auf den Weg zu bringen. Das Sofortprogramm soll insbesondere folgende Maßnahmen umfassen:

- Bayerische Ausbildungsprämie für kleine und mittlere Unternehmen (KMU):
Es soll eine Ausbildungsprämie des Freistaates in Höhe von 2.000 Euro je neuem Ausbildungsvertrag für alle KMU (weniger als 250 Beschäftigte) geben, die in den Jahren 2021 und 2022 keine Lehrstellen abbauen. Damit soll die auf Bundesebene beschlossene Ausbildungsprämie ergänzt werden, um KMU zu unterstützen, die trotz der Coronapandemie ihr Ausbildungsangebot aufrechterhalten.
- Zusätzliche Praktikums- und Ausbildungsstellen im öffentlichen Dienst:
Um den zu erwartenden Rückgang an Praktikums- und Ausbildungsmöglichkeiten in Bayern abzufedern, soll der Freistaat das Angebot an Praktikums- und Ausbildungsstellen im öffentlichen Dienst erhöhen.
- Nachteile für Schülerinnen und Schüler und Studierende durch Praktikumsabsagen vermeiden:
Die Staatsregierung stellt sicher, dass Schülerinnen und Schüler und Studierende für ihre Schul- bzw. Studienlaufbahn keine Nachteile durch coronabedingte Praktikumsabsagen entstehen. Insbesondere für nicht stattfindende Pflichtpraktika sind Sonderregelungen notwendig, die ein Aufschieben der Praktika ermöglichen oder eine anderweitige Leistung als Ersatz gelten lassen.
- Freistaat übernimmt Lohnkosten für Praktikantinnen und Praktikanten:
Der Freistaat soll KMU (weniger als 250 Beschäftigte) die Lohnkosten für Praktikantinnen und Praktikanten erstatten, die in den Jahren 2021 und 2022 ein Praktikum absolvieren.

Begründung:

Laut einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung könnte jeder zehnte ausbildungsberechtigte Betrieb in Zukunft weniger Lehrstellen besetzen als bisher. Insbesondere Jugendliche, die sich für eine Ausbildung in Branchen interessieren, die besonders unter den Folgen der COVID-19-Pandemie leiden, dürften in Zukunft Probleme bei der Suche nach Praktika und Ausbildungsplätzen haben. So geben etwa im Gastgewerbe 28 Prozent der Betriebe an, weniger oder gar keine Lehrlinge auszubilden. Insbesondere Kleinstunternehmen sowie KMU gehen davon aus, dass sie künftig auf die Ausbildung von jungen Menschen verzichten oder sie zumindest reduzieren müssen. Kleinstunternehmen (weniger als 10 Beschäftigte) verzichten in 14 Prozent der Fälle auf die Aufrechterhaltung des Ausbildungsangebotes, bei den KMU (weniger als 250 Beschäftigte) trifft das auf 10 Prozent zu.

Diese Prognosen decken sich mit den Erfahrungen, die viele Jugendliche im Verlauf des letzten Jahres bei der Suche nach Praktika und Ausbildungsplätzen gemacht haben. Berichte über Praktikumsabsagen und Schwierigkeiten beim Finden einer Ausbildungsstelle häufen sich.

Diese schulische und berufliche Unsicherheit hat starken Einfluss auf die psychische Gesundheit junger Menschen. So gaben bei einer Befragung der Universität Hildesheim etwa 45 Prozent der befragten jungen Menschen an, Angst vor der Zukunft zu haben (<https://hildok.bsz-bw.de/frontdoor/index/index/docId/1166>). Andere Untersuchungen, wie etwa der des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf zeigen, dass sich etwa 70 Prozent der befragten Kinder und Jugendlichen seelisch belastet fühlen (<https://www.uke.de/kliniken-institute/kliniken/kinder-und-jugendpsychiatrie-psychotherapie-und-psychosomatik/forschung/arbeitsgruppen/child-public-health/forschung/co-psy-studie.html>). Diese Zahlen sind alarmierend und sollten Anstoß dafür sein, dass die Staatsregierung sich – neben weiteren Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation junger Menschen – darum kümmert, Praktika und Ausbildungsplätze zu sichern sowie Schülerinnen und Schülern hier passgenaue Unterstützungsangebote anzubieten.